

# Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwaltung: Drag II, Refikants 18 • Tel.: 20793, 31469, Nachdruck: (ab 21 Uhr): 33555 • Postamt: 57344

12. Jahrgang.

Freitag, 1. April 1932

Nr. 78.

## Franc-Anleihe perfekt.

Vom französischen Senat angenommen und bereits kundgemacht.

Paris, 31. März. Der Senat nahm heute nachmittags den Gesetzentwurf betreffend die Gewährung einer Anleihe von 600 Millionen Francs an die Tschechoslowakei einstimmig an.

Lardieu erklärte in der Debatte u. a.: Der Generalberichterstatter des Finanzausschusses hat Ihnen die Finanzökonomie des Regierungsentwurfs und die Sicherheitsgarantien, welche er bietet, genau dargestellt. Sie wissen gut, und ich brauche es hier nicht zu wiederholen, welches musterhaftes Beispiel die Tschechoslowakei in der Leitung ihrer Finanzen gibt. Der Berichterstatter des Ausschusses, Senator Sabrouse, hat Sie an die vollkommene politische Loyalität der Tschechoslowakei Frankreich gegenüber und daran erinnert, wie wir uns gegenseitig schätzen. Ich erlaube das hohe Haus, sich in der Annahme dieses Gesetzentwurfes einmütig zu zeigen. Es wird dies am Vorabend der Viermächtekonferenz über die Donaufrage eine geeignete Rundgebung sein. Geben wir der Tschechoslowakei, deren Rolle bei der Regelung dieser Frage besonders wichtig sein wird, die Hilfe, die sie zur Festigung ihrer Staatsfinanzen brauchen wird.

Gleich nach der Annahme der Gesetzentwürfe verständigte der Vorsitzende der Regierung Lardieu den Gesandten Dr. Džusij, daß er noch heute abends den Text des Gesetzentwurfes dem Präsidenten der Republik zur Unterzeichnung sandte und daß das Gesetz im französischen Amtsblatt am 1. April erscheinen wird.

## Französische Wahlen am 1. Mai.

Paris, 31. März. Amtlich wird mitgeteilt: Der Vorsitzende der Regierung Lardieu setzte heute nachmittags den Präsidenten der Republik in Kenntnis, daß die Regierung sofort nach Annahme des Budgets ein Dekret erlassen werde, durch welches die Wahlen in die Deputiertenkammer auf den 1. Mai, die engeren Wahlen auf den 8. Mai festgesetzt werden.

## Düsterberg und Winter ausgeschieden.

Berlin, 31. März. Die Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl ist heute nachts 12 Uhr abgelaufen. Es wurden beim Reichswahlleiter drei Wahlvorschläge eingereicht, nämlich Hindenburg, Hitler und Thälmann.

## Viermächtekonferenz am 6. April in London.

Paris, 31. März. Zwischen der englischen und der französischen Regierung wurde heute vereinbart, daß die Viermächte-Konferenz, welche den Text der Einladung für die fünf mitteleuropäischen Staaten zu ihrer gemeinsamen Beratung redigieren wird, in der nächsten Woche in London zusammenzutreten wird.

Lardieu wird über Ersuchen MacDonalds seine Adresse nach London um einen halben Tag besetzen. Infolgedessen wird er bereits Sonntag abend die erste Unterrichtung mit dem englischen Premier fliegen. Die Konferenzen werden während des ganzen Montag ihre Fortsetzung finden.

Der sozialistische „Populaire“ und das Gewerkschaftsorgan „Peuple“ sind der Meinung, daß der Plan Lardieus sich nicht durchsetzen wird, weil Großbritannien keiner Regelung der Verhältnisse auf dem Kontinent beitreten werde, die mehr oder weniger gegen Deutschland gerichtet wäre. Die Angelegenheit der Donaufträge werde man nach den Neuwahlen neuerlich in die Hand nehmen müssen, schließt „Peuple“, und zwar mit weniger Improvisation, aber mit mehr Ernst.

In Berliner unterrichteten politischen Kreisen nennt man als Datum der Londoner Donauftragkonferenz Mittwoch, den 6. April. Es könnte sich dabei nur darum handeln, die Grundzüge der geplanten Hilfe für die Donauländer herauszuarbeiten und sie dann in der kommenden Woche so zu fördern, daß Mitte des Monats bei der Anwesenheit des Reichskanzlers in Genf Genueses besprochen werden kann. Am Anschluß daran wird dann mit den beteiligten Mächten Fühlung genommen werden.

## Noch immer ernste Situation im Brüxer Revier

Zusammenstoß zwischen streikenden Bergarbeitern und Gendarmen. — Betriebssstilllegungen infolge Kohlenmangels.

Brüx, 31. März. (Eigenbericht.) Heute früh um 8 Uhr traf ein Zug von Demonstranten aus Elstet im Duxer Bezirk ein, wo sich ihm Gendarmerie entgegenstellte. Es kam zwischen den Demonstranten und der Gendarmerie zu Tätlichkeiten, wobei sieben Gendarmen verletzt wurden. Die Demonstranten sollen Stöcke, in die Kögel eingeschlagen waren, als Waffen verwendet haben. Von den Gendarmen sind die meisten leicht verletzt, nur der Oberwachmeister Pfabil wurde schwer verletzt. Die Gendarmen gingen gegen die Demonstranten mit Kolbenstößen vor und drängten sie zurück. Von den Demonstranten wurden 25 leicht verletzt.

In Niedergeorgenthal fand heute eine Versammlung statt, an der 4000 Personen teilnahmen. In dieser Versammlung referierten der kommunistische Abgeordnete Hadel, der Kommunist Stefan und der kommunistische Redakteur Borin. Sie erklärten, daß in Verhandlungen über die Streiklage und über die Wiederannahme der Arbeit lediglich die Zentralstreikleitung ermächtigt sei. Zum Schluß ihrer Ausführungen forderten sie die Teilnehmer der Kundgebung auf, am Nachmittag bei einer Kundgebung in Seefeld zu erscheinen.

## Ditrau liquidiert — Brüx streift weiter.

Brüx, 31. März. (Eigenbericht.) Der Streik im Ditrau-Karwiner Revier wurde heute nachmittags von den Kommunisten selbst liquidiert; sie gaben ein Flugblatt heraus, worin sie die Arbeiterschaft aufforderten, die normale Arbeit anzutreten. Außerdem wurde eine Anzahl von Versammlungen abgehalten, in denen kommunistische Parlamentarier die Weisung ausgaben, daß die Arbeit morgen, Freitag, anzunehmen sei. In einer Belegschaftsversammlung auf der Dreifaltigkeitsgrube in Schleiß-Ditrau sprach der kommunistische Sekretär Kotas, in Poruba auf dem Sophienhacht der Abgeordnete Barša und in Lag auf der Neuen Grube Senator Lindl. Die Aufforderung zur Arbeitsaufnahme am Freitag wurde von den Kommunisten damit begründet, daß die Bergarbeiter im nordwestböhmischen Gebiet ihre Forderungen durchgesetzt hätten und somit ein weiteres Verbleiben im Streik keinen Zweck mehr hätte.

Am Vormittag hatten auf 13 Gruben mit 6112 Arbeitern 3406 Bergleute gestreikt; am Nachmittag führten auf 10 Gruben 2194 Arbeiter, die zum Teil die Nachricht über den Widerruf des Streiks noch nicht erreicht haben Würde, nicht ein.

Brüx, 31. März. Die „Zentralstreikleitung“ (mit der die isolierten Bergarbeiterverbände bekanntlich nichts gemein haben) hielt heute nachmittags eine Sitzung ab, in welcher eine Resolution gefaßt wurde, daß mit der Annahme der Kündigung auf den Schächten „Humboldt“ und „Nelson“ der Streik absolut nicht beendet sei, sondern mit voller Schärfe weitergeführt werde, solange die bekannten zehn Forderungen nicht erfüllt sind.

## Prager Verhandlungen gehen weiter.

Prag, 31. März. (Amtlich.) Heute nachmittags eröffnete Minister für öffentliche Arbeiten Jug. Dostál eine gemeinsame Beratung der Vertreter der Direktorenkonferenz des Ostkarwiner Reviers und der Vertreter der Bergarbeitergewerkschaften des gleichen Reviers. Der Minister appellierte an beide Parteien, in Erledigung der ungewöhnlich schwierigen Situation darnach zu trachten, möglichst rasch zu einem für beide Parteien annehmbaren Abkommen zu gelangen. Den Vorsitz bei den Beratungen führte dann Ministerialrat Dr. Kurz.

Die Vertreter der beiden Parteien begründeten ausführlich in ruhiger und sachlicher Aussprache ihren Standpunkt. Nach einer kurzen Unterbrechung wurde die Beratung um 19 Uhr wieder aufgenommen und im Endergebnis der

In Dux und Komotau haben die Bezirksbehörden alle Versammlungen und Kundgebungen verboten.

## Bevorstehende Betriebseinstellungen infolge von Kohlenmangel.

Der Streik beginnt sich nun auch bei den Industrieunternehmungen auszuwirken. Zahlreiche Betriebe verfügen nur über geringe Kohlenvorräte, die sich der Erschöpfung nähern. Das Brüxer Stahlwerk sollte am Montag nach längerer Unterbrechung den Betrieb wieder aufnehmen, muß aber infolge Kohlenmangels davon Abstand nehmen. Der Streikanschlag hat die Belieferung des Prager Wasserwerkes und des Prager städtischen Gaswerkes mit Kohle abgelehnt. Die Porzellanfabrik Spis und die Holzwerke in Brüx, ferner die Brüxer Brauereigemeinde werden ihre Kohlenvorräte in wenigen Tagen erschöpft haben.

In Oberleutenau ist die Firma Schick und Co. für acht Tage, die Firma Pils nur bis Ende dieser Woche mit Kohle versorgt. Die Firma Pils, die voranschließlich ihren Betrieb wieder einstellen müssen, beschäftigen 1000 Arbeiter. Auch Schulen zum Beispiel werden vom Streik getroffen. Die Schule in Probstau bei Teplitz-Schönanau hat heute den Unterricht eingestellt, weil ihre Kohlenvorräte zu Ende sind.

Die heutigen Verhandlungen wegen Liquidierung des Konfliktes auf dem Nelson-Schacht sind ergebnislos verlaufen. Zentraldirektor-Stellvertreter Ing. Karlik der Prager Kohlenbergbau-Gesellschaft gab den Widerruf der Kündigung bekannt; er erklärte, daß die Gesellschaft demnach den Streik auf der Nelson-Grube für beendet ansehe, und richtete an die Belegschaft die Aufforderung, morgen wieder die Arbeit anzutreten.

Ramen der Streikleitung erwiderte der kommunistische Sekretär Malik, daß durch diesen Widerruf der Streik wohl in der Vorwoche hätte liquidiert werden können, daß aber jetzt auf der Verhandlung aller beim Verein für bergbauliche Interessen überreichten zehn Forderungen der Streikenden bestanden werden müßte.

Ing. Karlik gab bekannt, daß morgen eine Sitzung des Vereines für bergbauliche Interessen stattfinden wird, in welcher zu diesen Forderungen Stellung genommen werden wird.

## Kladno.

Kladno, 31. März. Heute sind von der Morgenfrüh im Konno-Schacht 35 Arbeiter, am Mayrau-Schacht 214, im Schoeller-Schacht 178 Arbeiter eingeschoben. Es streikten also vom Mayrau-Schacht 428, vom Schoeller-Schacht 171 Arbeiter. Auf den übrigen Gruben wird normal gearbeitet. Die Streikneigung unter den Bergarbeitern ist sehr gering.

beiden Parteien die Tagesordnung für die meritorischen Verhandlungen der nächsten Sitzung festgelegt, welche für Freitag, den 1. April, 10 Uhr vormittags, einberufen wurde.

## Die Erhebungen auf dem Nelsonschacht noch nicht beendet.

Brüx, 31. März. Die amtlichen Erhebungen auf dem Humboldt-Schacht, die heute vormittags in Anwesenheit des Bergrates Ing. Barta als Vertreter des Revierbergamtes in Brüx, des Direktors Ing. Grögler als Vertreter der Nordböhmischen Kohlenwerksgesellschaft und des Streikanschlusses der Grube „Humboldt“ geführt wurden, sind heute nicht beendet worden und werden morgen fortgesetzt werden. Auf der Humboldt-Grube wurde durch Anschlag der Widerruf der Kündigungen bekanntgemacht.

## Giftmischer.

Von Zeit zu Zeit muß in die Giftküche hineingeleuchtet werden, in der von gewiegten Bezauberern die Tränke gebraut werden, die zur Vernichtung der gehähten Sozialdemokratie dienen sollen. In einer besonderen Fertigkeit hat es da die tschechoslowakische Presse gebracht, die ganz im Sinne der Einstellung ihrer Partei an der Spitze aller Sozialisten töter von rechts und links marschiert. Nicht nur alle Aktionen, Kundgebungen unserer Partei und alle Äußerungen über sie werden so registriert, häßlich und gehässig glorifiziert, daß sie für alle Dummchen zum untrüglichen Beweis für unsere Verderbtheit und unseren unaufhaltsamen Niedergang werden, auch unsere Zeitungen nach allem abgefaßt, was sich nach entsprechender Verdrehung und Entstellung als Material zur Dege gegen die Sozialdemokratie verwenden läßt. Immer wird dabei nach der den Kommunisten abgekauften und auch von den Salenkreuzlern nachgeäfften Formel verfahren: die Sozialisten sind an allem schuld, eine Formel, die seit wir in der Regierungsmehrheit sind, auf die noch kürzere gebracht wurde: Schuld ist der Czech! Für jene, die dank dieser Presse nicht alle werden, wird diese überzeugende Argumentation noch durch den niemals fehlenden Hinweis darauf unterstützt, daß die deutschen Sozialdemokraten sich ausschließlich von ihrer Staatsfeindschaft leiten lassen, daß sie den Kommunisten und Salenkreuzlern die Mauer machen und daß sie die tschechischen Sozialdemokraten fest an der Leine mitschleppen. Die Beweisfähigkeit dieser Behauptungen wird dadurch nicht im mindesten erschüttert, daß Kommunisten wie Salenkreuzler gegen die Sozialdemokratie täglich ein Trommelfeuer lämpigster Anwürfe richten und daß die einen den geistigen Aufwand ihrer Dege damit bestreiten, daß sie sagen, wir ständen im Dienste der Kapitalistenklasse, die anderen, wir besorgten die Geschäfte der tschechischen Wadthaber.

Der hohe stitliche Zwang, so oft als nur denkbar die Schädlichkeit der Teilnahme der deutschen Sozialdemokraten an der Regierung aufzuzeigen, welche Teilnahme der Grund der ins Maßlose gesteigerten hysterischen Wutansfälle der tschechischen Agrarier ist, verführt die Giftmischer zu den höchsten Leistungen an Tollheit und Lächerlichkeit. So wurde man am Mittwoch im „Bezer“, dem Abendblatt des agrarischen „Bentob“, mit dem in flammenden Lettern offenbar an die Prager Straße gerichteten Aufruf überzogen: „Der Minister Doktor Czech aus Lemberg und die deutschen Sozialdemokraten wollen, es sollen unser Sokol und unsere Feuerwehrgesellschaften aufgelöst werden!“ Demnach der schon in diesem Titel enthaltenen Auspflüschung die leicht überkochende Prager Straße nicht in die deutlich gewünschte Bewegung kam, so muß man daraus folgern, daß man sie doch noch etwas besser einschätzen kann, als dies gegenüber dem Verfasser des Brandartikels am Blaye wäre. Was den freundlichen Hinweis auf Lemberg betrifft, so könnte man der Meinung sein, daß es noch immer viel ehrenhafter ist, aus Lemberg zu stammen, als unter dem Deckmantel eines bid aufgestrichenen Patriotismus den Staat zu plündern, aber dieses „aus Lemberg“ hat noch den Daken, daß es so gar nicht stimmen will, daß diese Behauptung schon wiederholt öffentlich berichtigt wurde und daß also hier eine bewußte Lüge aufgetischt wird. Doch geben wir lieber von dieser Anstänkerung eines politischen Gegners, die nur einmal zu den liebgekommenen Gewohnheiten derer um Bratin gehört, zu den konkreteren Enthüllungen unseres satanischen Planes über, dem die Auflösung des Sokol und der Feuerwehrgesellschaften zugrunde liegen soll. Der „Bezer“ hat es heraus: die deutsche Sozialdemokratie ist bis in die Knochen „chauvinistisch“ und von wenig Liebe zur Tschechoslowakischen Republik erfüllt — wozu zu sagen ist, daß uns



ist die nationale Kaufkraft vollkommen gekrochen. Ueberall haben die Unternehmer geplaudert, sie könnten sich retten, indem sie die Löhne senken.

Dieser systematische Lohnbruch hat den Automatismus der Krisenüberwindung geschlagen.

Von der einen Seite erfolgt der Zusammenbruch des Kreditwesens, von der anderen Seite die Zerfallung des Automatismus.

Man reißt sich auf den Krieg aus. Aber der Krieg selbst ist ja eine Folge der kapitalistischen Wirtschaft. Der Zusammenbruch des Kreditwesens ist nicht nur eine Folge der politischen Vertrauenskrise, sondern eine Folge des kapitalistischen Wirtschaftens selbst. Dieses System konnte nicht verhindern, daß Kapital in ganz ungeheurem Maße der Verzerrung ausgesetzt wurde, daß riesenhafte Produktionsanlagen errichtet wurden, die man nicht ausnutzen konnte. Wenn Kapital in solchem Maße kaputt geht, dann ist es schon zu begreifen, daß die Besitzer des Kapitals verstanden, von ihrem Gelde zu retten, was zu retten ist. Sie stecken das Geld in den Zynoph. Aber auch da ist es nicht ganz sicher; man weiß nicht, wie lange der Papierstein den aufgedruckten Wert haben wird. Darum läuft man nach Gold. Diesen Zusammenbruch des Kreditwesens können wir nicht in kurzer Zeit überwinden. So die Hoffnung auf die Abrüstungs- und die Konferenz Konferenz nicht trügen wird, wissen wir nicht. Die gegenwärtige Situation ist vom Standpunkt des kapitalistischen Wirtschaftens aus gesehen, geradezu verzweiflungsvoll.

Wer nur den Klauen an die Ahnheit der automatischen Krisenüberwindung hat, der laufe sich einen Strick und hänge sich daran auf, denn der kann keine Hoffnung mehr haben.

Je deutlicher diese Erkenntnis wird, um so rascher werden wir aus dem Elend herauskommen, um so rascher werden sich die Böller aufraffen und an die Stelle des automatischen bewußten Wirtschaftens setzen.

Auch die dem Sozialismus fernstehenden Kreise kommen überraschend schnell zu dieser Ueberzeugung. Im „Prager Tagblatt“ erschien z. B. dieser Tage ein Aufsatz seines Berliner Korrespondenten, in dem klar zum Ausdruck gebracht wird, daß es mit der bisherigen Wirtschaftspolitik nicht mehr weitergeht. Durch meine parlamentarische Tätigkeit und meine Arbeit als Mitglied des Deutschen Reichswirtschaftsrates habe ich sehr viel Gelegenheit, mit den hervorragendsten Vertretern der kapitalistischen Wirtschaft über diese Dinge zu sprechen. Es ist verblüffend, wie schnell in diesen Kreisen die Erkenntnis vor sich geht, daß das kapitalistische System nicht mehr aufrechtzuerhalten ist.

Das ist auch sehr verständlich. Nicht nur die Arbeiter leiden unter der Krise, sondern auch die Unternehmer. Diese haben etwas mehr zu verlieren als die Arbeiter; sie verlieren ihren Besitz. Porzellan und Krengel sind keine Einzelerscheinungen.

Es sind innerhalb des Kapitalismus Wandlungen vor sich gegangen, die eine Weiterführung des Systems auf die Dauer unmöglich machen. Die Harmonie zwischen Erzeugung und Verbrauch ist vollkommen gestört. Mit den ökonomischen Gesetzen des Kapitalismus war in Perioden langamer Entwicklung zu wirtschaften, aber auch noch in Perioden, in denen sich die nationalen Volkswirtschaften schneller entwickelten, als es ihren eigenen Abgabeverhältnissen entsprach. Dann brauchen sie nur in die Weltwirtschaft hinauszugehen, um neue Absatzgebiete zu schaffen und zu finden. Dieser Weg ist nun verschlossen. Heute kann man nicht mehr viel kolonisieren. Dazu kommt, daß die alten Kolonien keine Lust mehr haben, Kolonien zu sein, sondern selbstständig sein wollen. Sie wollen sich von den Mutterländern nicht mehr ausbeuten lassen. In China und Indien sehen wir gewaltige Kämpfe, die auf die Selbstständigkeit der Völker und ihrer Wirtschaften abzielen. Die farbige Asie wendet die Wethoden an, die sie von der weißen gelernt hat. Diese gleichen Methoden haben ein ökonomisches Fundament notwendig, und das ist die Wirtschaft in eigenen Lande. So ändern kommt, daß jenes Gebiet, das durch Jahrzehnte den gewaltigen Nachschub der europäischen Produktion aufgenommen hat, die Vereinigten Staaten von Amerika, heute Herrenland sind und als die härteste wirtschaftliche Eigenmacht auf den Plan treten. Sie haben früher nicht nur Fertigwaren aufgenommen, sondern auch die überschüssigen Arbeitskräfte der europäischen Länder. Die schnelle Entwicklung der Produktivität schafft für die Zusammenhänge der Volkswirtschaften ganz andere Bedingungen. Sie muß den Gegensatz zwischen Produktion und Absatz noch verschärfen. Die Nationalisierung wurde nicht nur für die Arbeitermassen zum Fluch, sondern auch für den Kapitalismus; er kann sie nicht verdrängen. Man hat früher geplaudert, diese Entwicklung werde ihr natürliches Ende darin finden, daß die Rohstoffe nicht zureichen. Aber heute brauchen heute nicht mehr soviel Rohstoffe wie früher. Mit derselben Rohstoffmenge kann man heute das Vielfache leisten, was vor dem Kriege geleistet werden konnte. Das gleiche gilt von der Verwendung des Eisens. Man hat früher auch geglaubt, daß die Lebensmittelproduktion einmal nicht mitkommen werde. Der Nahrungsbedarf wurde jedoch ungenügend erhöht, er ist heute beinahe grenzenlos. Dafür hat die Chemie gesorgt, die den Ertrag der Bodenfläche ins Unermessliche steigert. Das charakteristische Merkmal der gegenwärtigen Wirtschaft ist, daß wir zu einer Produktionsapparatur für die man früher 20, 30 oder 40 Jahre gebraucht hat, heute kaum drei Jahre brauchen.

Aber das kapitalistische System kann zwar die Produktion verbessern, nicht aber die Verteilung organisieren. In Rußland reichen die wirtschaftlichen Leistungen nicht aus, um die sozialen Bedürfnisse zu befriedigen, in England fehlt der Produktionsapparat dafür. In Deutschland und den übrigen industrialisierten Ländern ist der Produktionsapparat vorhanden, allein die Güterverteilung bedingt unter Elend.

(Schluß folgt.)

Genosse de Witte im Außenaustritt:

Für eine gesamtenuropäische Lösung.

Die deutsch-französische Verständigung als erste Voraussetzung.

Prag, 31. März. Heute vormittags eröffnete der Außenaustritt des Abgeordnetenhauses die Aussprache über das letzte Venedig-Gepöfel, wobei sich die sechs Redner des heutigen Tages natürlich vorwiegend mit dem Mitteleuropa-Problem befaßten. Als erster Redner des Tages erklärte Genosse de Witte, daß wir zu den Mitteleuropa-Plänen heute denselben Standpunkt einnehmen, wie seinerzeit beim Austausch der deutsch-österreichischen Jollantionpläne: Wir verstehen eine gesamtenuropäische Lösung, sehen aber als deren erste Voraussetzung die deutsch-französische Verständigung an. Dem Tardieuplan stehen wir — wie jeder Teillösung — ablehnend gegenüber.

Genosse de Witte bezeichnete einleitend das Gepöfel als eine fühl-sachliche Darstellung, die niemandem begeistert, aber auch niemandem eine Enttäuschung geboten habe. Selbst in der Abrüstungsfrage haben wir von Venedig nichts anderes erwartet; seine Ausführungen bringen ihn da weder zu Frankreich noch zu den Militäristen im eigenen Land in Widerspruch und entsprechen eben völlig dem Geist, der heute in Genf leidet immer noch tonangebend ist. Die Genfer Konferenz zeigt lediglich, wie weit die Militäristen noch von der Abrüstung entfernt sind.

Die Sozialdemokraten stehen da hinter den Erklärungen Vanderveldes in Genf, daß die im Verfallenen Vertrag versprochene Abrüstung geschaffen und die Einteilung in Sieger und Besiegte verschwinden muß. Wir stehen auch zu Vanderveldes Wort, daß, wenn es zum Kriege kommen wird, die sozialistischen Arbeiter nicht gefangen sind, gegeneinander die Waffen zu gebrauchen. Von der Abrüstungskonferenz ist da nicht viel zu erwarten; erst ein Sieg der Linksparteien in den Militärkammern kann Abhilfe schaffen.

Auf den Donauplan übergehend, verweist Genosse de Witte auf die scharfe Ablehnung, die die deutsch-österreichische Jollantion seinerzeit fand, obwohl doch damals an alle Staaten die Aufforderung erging, sich anzuschließen. Bereits damals

haben die Sozialdemokraten erklärt, daß sie nicht für eine klein-regionale, sondern für eine gesamteneuropäische Lösung sind, daß sie aber als erste Voraussetzung hierzu die deutsch-französische Verständigung erachten. Heute müssen wir dasselbe sagen, denn solange zwischen diesen beiden größten Nationen Europas die Klau aufgerissen bleibt, solange wird jede europäische Wirtschaftsfrage unter dem Druck des deutsch-französischen Gegenfasses stehen. Es ist aber höchste Zeit für eine Wendung, da Europa bei der Fortdauer des heutigen Zustandes mit Riesenschritten der Verelendung entgegengeht. Dabei gibt es für die nächste Zeit nur ein Mittel, Europa zu retten, und das ist eine Neukonstituierung Europas.

Tardieus Donauplan ist allerdings schon durch seinen Anreger sehr verdächtig, denn Tardieu ist der Exponent der französischen Rechtstheorie. Daß unter Außenminister freilich erklärt hat, die Tschechoslowakei werde sich ohne die Zustimmung von Berlin und Rom an nichts beteiligen, spricht von einer hochvertraulichen Einsicht in die gegebenen Tatsachen, die wir sehr gerne anerkennen wollen. Schon aus den Ausführungen geht hervor, daß wir nach Deutschland nach 1931 um 570 Millionen mehr ausgeführt haben als nach Ungarn, Rumänien und Jugoslawien zusammen. Daß die Tschechoslowakei auch jeder Lösung widerstreben wird, die Österreich in eine autidenische Konzeption hineinziehen würde, ist wirtschaftlich ebenfalls sehr begründet, denn unter Außenminister mit Österreich war noch im letzten Jahr mit 350 Millionen Kilo.

Eine autidenische Einstellung, die auch von den Österreichern als feindseliger Akt empfunden

Keine russische „Weizengefahr.“

In einem instruktiven Bericht von Henry London über die Weltweizenlage machte der Genannte fängst in der Prager „Wirtschaft“ interessante Angaben über die russische Weizenproduktion, die vor einer Katastrophe steht. Er schreibt:

Die letzten verlässlichen Meldungen aus Ost- und Zentralrußland berichten mit der autidenischen Reproduktion eines von Molotof und Stalin gezeichneten Dekrets vom 17. Februar, daß die russische Ernte per 1931 besitzig war. Ich erlaube mir da gerne an die präparative Intervention des russischen Delegierten auf der im letzten Frühjahr tagenden internationalen Weizenkonferenz hier in London, in der uns erlauchten Redner von ihm sehr wieder eine Ernte von 15 Millionen Tons in Aussicht gestellt wurde. Rußland hat aber kaum mehr als 20 Mill. Tons — und auch die Zahl läßt sich noch angreifen — von den Feldern bereingeholt und nun herrscht eben in den Distrikten der Wolga, des Ural, von Kasan, von Wolosk, von Sibirien und der Tatarischen Republik eine verhängnisvolle Hungersnot, daß die Zentralgewalt genötigt ist, über eine Million Tons an die Lagerhallen zu senden, damit man im Frühjahr überhaupt andauern kann. Dies ist um so mehr in der Höhe, als man die Dumpingpropaganda der russischen Weizenexporte mit allen möglichen Argumenten unerschrocken und gerade über die Tatarische Republik eine Reihe von Publikationen in die Welt sandte, in welchen bewiesen wurde,

werden müßte, wäre also das Letzte, was wir uns erlauben dürften!

Daß an diesen Ziffern unter Außenminister nicht vorübergehen dürfte, wird auch Tardieu versichern.

Redner legt dann ausführlich dar, daß ein Donauplan in welcher Form immer kaum den angeschlossenen Agrarstaaten helfen kann, da auch Österreich und die Tschechoslowakei große landwirtschaftliche Interessen haben. Das zerrissene österreichisch-ungarische Wirtschaftsgebiet kann man nicht einfach durch wirtschaftliche Abmachungen erlösen. Wohin mit dem Weizen aus Ungarn, Rumänien und Jugoslawien, wenn die 65 Millionen Menschen Deutschlands abgesperrt würden?

Das sehr einfache Rezept unserer Agrarier, nach völliger Autarkie zu streben, ist aus mehreren Gründen falsch.

Vor allem stimmt es schon nicht, daß wir Getreide bis auf ein wenig Weizen und Vieh selbst genug produzieren, es sei denn, daß man die Hungerkationen aus der Kriegszeit als Maßstab für den Verbrauch nimmt. Dann vergessen die Herrschaften, daß wir auch eine Industrie haben, die auf den Export eingestellt ist. Womit sollen unsere Glas- und Porzellanarbeiter, unsere Web- und Spinnereilandwirtschaftliche Produkte einkaufen, wenn die Industrie nicht exportieren kann, sondern sich auch mit dem unzulänglichen heimischen Markt begnügen müßte?

Also nicht Autarkie brauchen wir, sondern ein großes Wirtschaftsgebiet „Europa“ und dessen Industriemacht, denn die Tschechoslowakei und der ganze Donaubund sind zu klein für unsere Industrie. Unser Ziel kann also nur die Gesamtlösung Europa sein. Eine Teillösung, wie sie auch der Donauplan wäre, kann gefährlicher sein als gar nichts, wenn dadurch wichtige Teile Europas abgetrennt würden.

Von den weiteren Rednern polemisiert der tschechische Genosse Kocan gleichfalls energisch gegen das agrarische Schlagwort von der Autarkie, hinter dem sich lediglich verkappte nationalstaatliche und einseitige Klasseninteressen verbergen. 70 Prozent unserer Aushube besteht in Getreide, darin stecken also zum erheblichen Teil Arbeitslöhne; die Einfuhr dagegen betrifft zu 50 Prozent Rohstoffe. Ein Donauplan — natürlich ohne jede politische Tendenz — müßte Präferenzzölle beibehalten, wobei man mit Kontingenten oder ähnlichen Maßnahmen rechnen müßte. Das alles aber hätte seinen Zweck, wenn nicht vorher den notleidenden Staaten eine Finanzhilfe gewährt wird.

Wittek (tsch. Reich.) bezieht die Auffassung, daß wir bezüglich der Donauföderation länger warten können als die anderen; allerdings wäre es nicht in unserem Interesse, daß bei unseren Nachbarn ein Feuer entstehe. Doch müßten die größten Opfer eben jene Staaten bringen, die in erster Linie durch den Plan getrieben werden sollen.

Ulrich (B. v. U.) erklärt, die Wirtschaftskrise könne nur durch Regelung der Produktion und des Absatzes (doch nicht sozialistische Planwirtschaft?) sowie durch Regelung des Preisproblems (1) beseitigt werden. Wegen der Somurie der sozialdemokratischen Redner, daß die Autarkie zu einer ausgeprägten künstlichen Preissteigerung für landwirtschaftliche Produkte verhalten soll, verweigert sich Ulrich damit, daß die Landwirtschaft ja nicht Maximalpreise, sondern angeblich nur Durchschnittspreise erzielen wolle. Eine Zusammenfassung der fünf Donauföderation genüge allein nicht; man müßte möglichst große Gebiete zusammenfassen, müßte dabei aber immer auf die Sicherstellung unserer landwirtschaftlichen Produktion bedacht sein.

Die Aussprache wird morgen fortgesetzt.

Polemiken über den Hunger im Osten.

Die Bürgerpresse beginnt die Not im Osten mit der Feder zu bekämpfen; das beste Argument ihrer Mentalität ist die Sorge um den Staat, der von zwei fremden Eindringlingen angefallen wird, statt daß sie sich um die eigenen Sachen kümmern („Libove Roviny“ vom 30. März an leitender Stelle). Die Deutschen gegen den slavischen Staat, das ist so ungefähr der Tenor aller Polemiken, die von „unverantwortlichen Behauptungen der tschechoslowakischen sozialistischen Presse“ sprechen. Prof. Dr. Sul erzählt weiter in den „Libove Roviny“, daß er Indien, China und Afrika kenne, doch sei bei uns die Not nicht ärger; er empfiehlt das Jahrbuch der tschechischen Ärzte Nr. 21 zu studieren, um zu sehen, was für die Hygiene im Osten des Staates getan wurde, verrät aber wohlweislich nicht, daß von Chust bis Jafina, also genau in der Schleppe des Landes, überhaupt kein Spital, wohl aber einige tadellose Kafernen und Gefängnisse gebaut wurden. Er rühmt der Republik nach, daß ihre Gendarmen im Jahre 1920 zum erstenmal Ruhe und Ordnung ins Land gebracht haben und findet weiter, daß er Tuberkulose, Krebtkrankheit, ansteckende Krankheiten zwar aus eigener Wahrnehmung feststellen konnte, daß er über die elende Ernährung der Leute orientiert ist und sogar bei vielen Kindern Unterernährung feststellen konnte, daß aber das alles nicht in den wenigen dreizehn Jahren unserer Verwaltung verbessert werden konnte und daß vor allem die jungen Leute durch den Militärdienst in den historischen Ländern belehrt, erzogen und zu besserer Ansicht über die Welt gebracht werden.

Während die Bürgerpresse an leitender Stelle die Not des Landes als übertrieben und Erfindung des Sozialismus hinstellt, liest man drei Seiten später im gleichen Blatt den Bericht über die Sitzung der Landesvertretung in Uhorod, wo der agrarische Autonome Demko über die Not in der Prchovina referierte. Er beschuldigte in öffentlicher Sitzung die Landesregierung, daß sie seit einigen Jahren die Beschwerden und Informationen über die Not boykottiert und die Informanten offen terrorisiert hat. Er bewies an Hand von Kritiken der halbamtlichen Uhoroder Presse, daß dort schon im Herbst alles das dargelegt wurde, was Nenn und Hamilton veröffentlicht haben. Er bewies weiter an Hand von Dokumenten, daß die Saataktion im Herbst 1931 von den Agrariern politisch mißbraucht wurde und verlangte, daß ein besonderer, unpolitischer Ausschuss zur Hilfsaktion eingesetzt würde, mit den Madenschäften der Agrarier endlich ein Ende bereitet werde. Im gleichen Blatt ist weiter zu lesen, daß über Anordnung der Verwaltung die Kanalisation in Munkacs einer bestimmten Firma übergeben werden müßte — für 12 Millionen —, trotzdem billigere Angebote vorlagen und daß diese Firma jetzt die Arbeit zwei unqualifizierten Leuten anvertraut und nicht einmal die Sozialabgaben bezahlt hat.

Darum geht es in diesem Fall: daß die Schandwirtschaft der Bourgeoisie in Karpathenrußland, repräsentiert durch die Agrarier, aufgedeckt und ihre Abschaffung erzwungen wird. Es kommt nicht darauf an, ob und von wem die Mißstände aufgedeckt wurde, maßgebend bleibt die Tatsache, daß es sich um keine Lügen handelt. An Hunger und Not, an Krankheiten und Elend soll sich die Bevölkerung eines demokratischen Staates nicht gewöhnen müssen und der Einwand, daß „Eindringlinge“ gegen den Staat liegen, hat noch nichts verbessert. Es geht hier nicht um Madenschäften gegen die Republik, sondern um einen notwendigen Kampf gegen ein korruptes System, das auch durch die größten Zielliblen leitender Universitätsprofessoren nicht gerechtfertigt werden kann. Mitteleuropäische Demokratie wurde nicht ins Leben gerufen, um sich ein Beispiel an China, Indien oder dem monarchistisch-feudalen Ungarn zu nehmen.

Verhinderter Parteien-Dreh.

Berlin, 31. März. Der Reichsminister des Innern hat auf die Beschwerde der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei in der Angelegenheit der Verteilung nationalsozialistischer Zeitungen in vervielfachter Auflage folgende telegraphische Antwort gegeben und sie den Landesregierungen mit der Bitte um entsprechende Veranlassung mitgeteilt:

Die von der NSDAP. in die Wege geleitete Verbreitung von Propagandanummern der nationalsozialistischen Presse in inhaltlich beschränktem Umfang, aber in vervielfachter bis verzehnfachter Auflage, verstoßt die Umgehungen der Verordnungen des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 und 17. März 1932, da solche Nummern als Flugblätter anzusehen sind. Auch einzelne Nummern einer periodischen Druckschrift können Flugblätter sein, wenn sie nach Art eines solchen z. B. als Propagandanummern hergestellt und verbreitet werden, insbesondere, wenn sie von vornherein in Art eines Flugblattes zur selbständigen Weiterverbreitung bestimmt und eingerichtet sind.

Nazi-Blätter beschlagnahmt.

Karlsruhe, 31. März. Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Die nationalsozialistischen Zeitungen, die „Volksgemeinschaft“ in Mannheim und das „Parteienbanner“ in Heidelberg vom 30. März 1932 Nr. 68/70 und Nr. 71 wurden wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und wegen Beleidigung des Innenministers beschlagnahmt und eingezogen.

Budapester Stadtvertretung für das allgemeine Wahlrecht.

Ein Erfolg der Sozialdemokraten.

Budapest, 30. März. (RTZ.) In der heutigen Generalversammlung der Budapester Stadt-Vertretung, die auf Verlangen der sozialdemokratischen Parteifraktion einberufen wurde, haben die Sozialdemokraten einen Antrag eingebracht, wonach die Stadt-Vertretung eine Reform des Gesetzes betreffend das Wahlrecht für dringend notwendig halten und sich in diesem Sinne an den Reichstag wenden soll. In dem Antrag wird besonders die völlige Abschaffung der öffentlichen Abstammung, die Sicherung der proportionalen Volksvertretung, eine gleichmäßige Einteilung der Wahlbezirke und die Befreiung der Wähler des Empfehlungssystems verlangt. Dem Antrag haben im Sinne eines vorher zustandegekommenen Kompromisses sämtliche Parteien zugestimmt. Er wurde einstimmig angenommen.

### Mährisch-schlesische Landesvertretung.

Brünn, 31. März. (Eigenbericht.) Die mährisch-schlesische Landesvertretung beendete heute ihre 14. Tagung, indem sie eine größere Anzahl von Anträgen des Landesauschusses, die sich auf laufende Angelegenheiten der Verwaltung bezogen, beriet und zur Abstimmung brachte. Von den Anträgen des Landesauschusses rief nur einer eine längere Debatte hervor. Es war dies der beantragte Antrag auf einer Mineralien- und Salz- und Kohlenförderung für den Betrag von 15 Millionen Kronen. Namens unserer Fraktion wies Genosse Schuster darauf hin, daß die Veranschlagung einer so großen Summe in der jetzigen Notzeit kaum das Verständnis der Bevölkerung finden wird. Genosse Schuster beschärfte sich ferner mit den Vergütungen im mährischen Landesmuseum und mit den in der Öffentlichkeit gegen den bekannten Gelehrten Dr. Adisalon erhobenen Vorwürfen. Er stellte an den Landespräsidenten die Anfrage, ob diese Vorwürfe tatsächlich auf Wahrheit beruhen. Nach der Rede des Genossen Schuster teilte Landespräsident Cerny mit, daß gegen Dr. Adisalon eine Untersuchung eingeleitet sei, von deren Ergebnis das weitere Vorgehen abhängig gemacht werden muß. Im Laufe der folgenden Abstimmungen wurden alle Anträge des Landesauschusses angenommen und die von den Mitgliedern eingebrachten Anträge teils angenommen, teils dem Landesauschuss und teils dem Landespräsidenten zugewiesen. Hierauf wurde die Tagung geschlossen.

### Planwirtschaft.

Der bekannte Wirtschaftspolitiker Alfred J. Rosmanith hielt Dienstag in der Prager Zeitung einen Vortrag, dessen Inhalt befragt, wie sozialistische Gedankengänge auch bei Nichtsozialisten immer mehr durchdringen. Rosmanith führte u. a. aus:

„Wir leben in einem Umbruch der Zeiten. Er besteht darin, daß von uns der Übergang von der freien, ziellosen Marktwirtschaft zur organisierten, durch Verantwortungspflicht bestimmten Planwirtschaft vollzogen werden muß. Wir sehen und erkennen, daß die alten Gesetze, von denen sich unsere Wirtschaftsordnung leitete (Angebot und Nachfrage, freie Konkurrenz, Gewinn) wie Scherben in einem Glasboden herumliegen und daß sich kaum ein Gegenstand finden wird, der sie wieder zusammenleimt. Aber wir halten an den eingewurzelten, alten Gesetzen fest. Weil wir das tun, haben wir den größten, in der Menschheitsgeschichte wohlgerühmten Niederricht erlitten, daß eine ungeheure Not den Erdball umkränzt, die nicht etwas, wie schon hundertmal in der Geschichte, aus Mangel, sondern aus dem Ueberfluß an Gütern hervorgegangen ist. Die kommenden Generationen werden sich beklagen, wenn sie von dieser Notzeit hören oder lesen werden. Wir müssen in Zukunft planmäßig erzeugen, wessen der Bedarf ist und nicht, was der Markt meldet, der läßt, wenn er uns einreden will, daß er mit Bedarf identisch sei. Wenn heute eine Seidenfabrik deswegen gesperrt wird, weil der Markt keine Nachfrage nach Seiden mehr hat, es aber evident ist, daß es noch tausende Menschen gibt, die, wenn sie sich ihr Seidengewand kaufen können, ins Bett kriechen müßten, weil sie nur ein Seidengewand besitzen, dann ist die Sperrung dieser Seidenfabrik unangehörig. Sie ist ein Gebot auf unsere Kultur, sie ist eine Spottglocke unserer Zeit. Sie ist — humanitär und nicht als Einzelfall betrachtet — eine unerhörte Dummheit, zu der wir durch die alten, abgelebten Wirtschaftsgesetze gezwungen werden. Der Individualismus, der seine Fesseln sprengen muß, sollte weniger um den Gewinn, sondern um die Not denken. — denn ein solcher Ausfall läßt sich ersehen — sondern er sollte, wie ein moderner Jeremias auf seinem öden Ackerhof darüber in Klagen ausbrechen, daß es ihm eine verwaltete Wirtschaftsordnung unmöglich macht, mit seinen Maschinen Arbeit zu leisten, Arbeiter zu erwärmen und Hungernde speisen zu helfen. Er wird es mit Recht verdammen und darüber empört sein, daß er statt dessen durch die Sperrung des eigenen Betriebes die Millionenarmut der Arbeitslosen vermehrt, die Not, Hunger, den Hunger vergrößern helfen muß. Wenn daher gesagt wird, daß eine ungeheure Not über die Menschen gekommen sei, aus Ueberfluß an Gütern, so hält eine solche Bezeichnung nur so lange stand, als wie die Güter und die ganze Wirtschaft durch die alten Marktgesetze betrachtet. Unser Verhältnis zu Gütern, Dingen und Menschen wird sofort ein anderes, wenn wir es über Herz bringen, die alten Brüllen wegzuwerfen und mit dem ungetriebenen Blick des klar denkenden Menschen die Welt anzuschauen. Wir erkennen dann: Wir müssen in unserer gesamten Erzeugung, also in der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion den Bedarf der Menschen an Lebensnotwendigen Gütern planmäßig decken. Wie kann aber der Bedarf — über dessen Erzeugungsmöglichkeiten nicht erst disputiert werden braucht, — wie kann der Bedarf gedeckt werden? Durch nichts anderes, als durch Bedienung und Sicherung der Kaufkraft der breiten Massen, die wir in den Stand setzen müssen, sich das kaufen zu können, wessen sie zur Befriedigung des Bedarfes an Lebensnotwendigen Gütern benötigen. Da der Schlüssel zu den Gütern der Welt die Arbeit ist, müssen wir allen Menschen Arbeit geben, die geistige Arbeit ordentlich einlösen und es verhindern, daß wir in Zukunft Arbeitslose entstehen lassen. Wir müssen die Arbeit und nicht die Arbeitslosen verschern. Die Befriedigung der Arbeit hätte in dem noch Erzeugungsbränden zu organisierenden Industrieringen zu erfolgen. Das wird uns die Planwirtschaft bringen und mit ihr einen Ausweg aus dem ungeheuren Mangelnd eröffnen.“

## Tagesneuigkeiten

### Der Zar ist krank.

Ausländische Aerzte sind nach Moskau beauftragt worden, um dort ein Konsilium über Zar Nicolaus Gesundheitszustand abzuhalten. Die Tatsache an sich steht fest, wogegen demontiert die deutsche Sowjetpresse in aufgereizter Form. Sie redet von Schwindelmeldungen, die „Unruhe und Unsicherheit verbreiten“ und „unternationalen“ sollen.

Was soll das heißen? Ist Stalin ein Negermenschen, daß ihm nicht eine Krankheit zustoßen könnte? Ganz ungewollt zeigt sich die Sowjetpresse wieder einmal in der Pose, die ihr am gewöhnlichsten ist: auf dem Suche vor Stalin rufend, um ihm die Reiterkniegel zu lassen. Wie soll man eine ernsthafte Extraktion Stalins „Verwirrung schaffen“ und „unternationalen“? Das hat nur Sinn, wenn zugegeben wird, daß in Russland nicht das Proletariat regiert, nicht die russische kommunistische Partei, sondern das persönliche Regiment Stalins! Da haben sich die Stalinmächte selbst verurteilt!

In ihren aufgeregten Demontis erzählt die Sowjetpresse von den Aufgaben, die die ausländischen Spezialisten in Moskau zu erfüllen hätten. Wir lesen:

„Tatsache ist, daß die Sowjetregierung von Staats wegen immer wieder ihre Familienmitglieder und besonders die alten Bolschewiki, die ihre Gesundheit in den Kerker des Jaxismus verbracht, nicht nur von inländischen, sondern auch von ausländischen medizinischen Autoritäten untersuchen läßt.“

Dazu nur eine Bemerkung: Wer nicht vor Stalin auf dem Bocke ruht, erhält überhaupt keine ärztliche Versorgung, selbst wenn er ein alter Bolschewik ist und seine Gesundheit in den Kerker des Jaxismus verbracht hat. Es ging es dem ersten Sowjetdoktor in Berlin, Joffe. Es wurden ihm in jodistischer Quaderkerze und Medikamente entzogen, weil er zu Tropfen hielt. Stalin wollte ihn verreden lassen. Joffe erschloß sich. Stalin berief ein ganzes Konsilium ausländischer Spezialisten für seine eigene wertvolle Gesundheit.

Der Vorfall ist lehrreich. Er zeigt, daß Stalin ein Mussolini in rot ist. Er enthält ein persönliches Regiment, einen neuen Jaxismus. Und die Aufregung der Sowjetpresse lehrt, daß die Kommunisten wissen, daß unter Stalins Zirkel Empörung und Unzufriedenheit in Russland greifen!

### Ein Kindesraub in Deutschland.

#### Erpressungsversuch an den Eltern.

Berlin, 31. März. Berliner Blättermeldungen zufolge untersuchen die Kriminalbehörde von Gildesheim sowie die Landjäger von Darfunt und der umliegenden Bezirke seit einigen Tagen eine aufsehenerregende Angelegenheit, die in ihren Weiterungen an die Einführung des Lindbergh-Kindes erinnert. Seit dem 19. März wird der 13 Jahre alte Schüler Rudolf Algermann aus Harjum vermisst. Vor einigen Tagen ist nun ein Erpressungsversuch unternommen worden, wobei ein oder mehrere Personen in einem Brief die Zahlung von 1000 Mark forderten, wenn die Eltern ihr Kind lebend wiedersehen wollten. Den Erpressern muß bekannt gewesen sein, daß der Vater des Knaben Verwalter der Poststelle in Harjum ist, also immer bares Geld zur Hand hat. Der Vater setzte sich sofort mit der Landjäger in Verbindung. Ein Beamter, der etwa die Statur

### Ein Aprilscherz in Oberbayern.

#### Humoreske.

1. Im Frühjahr des Jahres 1925 nahm der Berliner Friedrich Schnafte geschäftlicher Gründe wegen für einige Wochen Aufenthalt in Bredschlapp, einem Gebirgsdorf im Oberbayerischen. Schnafte wohnte im Gasthaus „Zum letzten Pfennig“. Dort unterhielt er sich des öfteren mit den Stammgästen. Trotz seiner Redseligkeit konnte er sich aber nur einen geringen Grad von Beliebtheit erwerben, da er sich der überbordanten Art des Allesbewerbers befleißigte und auf die naive Dorkheit der Bredschlappfer mit sichbarer Berachtung herabblies.

Am Ostermontag, es war diesmal der 31. März, hielt sich Schnafte wieder in der Wirtschaft auf. Sein rechter Nachbar war der Deponom Zacharias Hilzenauer. Schnafte sagte zu Hilzenauer, den er noch nie gesehen hatte:

„Gestatten Sie, daß ich mir vorstelle: ist bin Friedrich Schnafte aus Berlin.“

„Was moanens?“ fragte Hilzenauer.

„Ich bin der Herr Schnafte“, sagte der Berliner nochmals.

„Ist is mir wurscht.“

Zuletzt gelang es Schnafte doch, dem Hilzenauer klarzumachen, was er wollte.

„Da wir uns jetzt kennen“, sagte der Berliner dann, „möchte ich gern eine Weile vorhaken. Nicht doch, sagen wir um fünf Pfennig. Ich bin kein Spieler, ich mache nur gerne ein bisschen Ragen. Aber ich weiß ein köstliches Kunststück. Also ich weite mit Ihnen um fünf Pfennig, daß id das volle Glas Bier, das vor Ihnen steht, id auf der Stelle austrinken kann, ohne daß Sie es sehen.“

es Vaters des Knaben hatte, hinterlegte auf dem genannten Platz einen Umschlag, der allerdings keine echten Scheine enthielt, sondern alles Notgeld. Man wartete etwa eine Stunde, als plötzlich aus einem Strohhalm ein Mann auftauchte. Ein Landjäger rief ihn an. Der Mann konnte kein jedoch rief zu dem Umschlag und entließ dann in der Dunkelheit. Die Beamten feuerten eine Anzahl von Schüssen hinter dem fliehenden her. Man hörte mehrere Aufschreie und nimmt dabei an, daß der Erpresser getroffen worden ist.

### Urteil im Hamburger „Spionage“-Prozeß aufgehoben.

#### Ein Sieg der Vernunft.

Prag, 31. März. Das Bezirksgericht in Böhm.-Leipa hatte im Jänner 1932 den Studenten S. W. Jaensch aus Berlin zu acht Tagen Gefängnis deshalb verurteilt, weil er gelegentlich auf dem Bahnhofs in Hamburg ohne Erlaubnis eine alte Lokomotive fotografiert hatte. Die Generalprokuratur hatte gegen dieses Urteil zur Wahrung des Gesetzes die Richtighkeitsbeschwerde eingebracht, worauf das Oberste Gericht nunmehr das Urteil aufhob und eine neuerliche Verhandlung der Angelegenheit anordnete.

Eine „Aktion“ des Abg. Kalper. Man vermag es kaum zu fassen, aber es ist wirklich so: der Parlamentarierabgeordnete Rudolf Kalper aus Aulitz bereitet eine „große Aktion“ vor. Dazu gehören vor allem bestimmte Unterlagen, die aber leicht zu beschaffen sind, wenn man so fündig ist wie Herr Abg. Kalper. Der setzte sich nämlich hin und schrieb: „An alle Gemeindeglieder!“ Das ist zwecks Einleitung einer größeren Aktion zugunsten der Gemeinden genouette Daten über die wirtschaftlichen Verhältnisse. Brauche. Dann stellte die Liste von Fragen, die durch die Gemeindeglieder „genauert“ zu beantworten sind, worauf die „Aktion zugunsten der Gemeinden“ entstehen soll. Wenn die Gemeindeglieder auf die Hilfe des Herrn Kalper warten müßten, wären sie für immer verloren. Sie werden sich daher keine unnütze Arbeit machen, um die Bequemlichkeit des Parlamentariers zu unterstützen, sondern den anmahenden Fragebogen dorthin wandern lassen, wohin er gehört.

Todeskurz in den Kujugoschacht. Mittwoch abends fand man beim Schließen der Geschäftsräume der Firma Braum u. Pabla in Währ.-Ostau auf Grund der Kontrolluren, daß der 14jährige Lehrling Gustav Mikanda die Räumlichkeiten bisher nicht verlassen habe. Es wurde festgestellt, daß der Lehrling sich die Schlüssel zur Tür des Güteraufzuges ausborgte, um sich dort die Kleider aufzubewahren. Als er im 4. Stock die Türe öffnete, verlor er wahrscheinlich das Gleichgewicht und fiel 16 Meter tief bis in den Keller, wo sein Leichnam mit zertrümmertem Schädel und gebrochenen Gliedern aufgefunden wurde.

Der Bund proletarischer Freidenker veranstaltete durch die Landesleitung Währern und Böhmen während der Osterferien gut besuchte Gedeitskonferenzen in M.-Schönberg und Jägerndorf. Genosse Erich Schreier, Linuz, sprach in beiden Konferenzen über Gegenwartsaufgaben der proletarischen Freidenker. Die Diskussionen zeigten, daß trotz der jährlingen Wirtschaftskrise für den freien Gedanken bei der organisierten Arbeiterschaft in Währern und Böhmen großes Interesse vorhanden ist.

Ueberfall auf ein Steueramt. Donnerstag nachmittag wurde auf das städtische Steueramt an der Kreuzstraße in Dresden ein Raubüberfall verübt. Dabei wurden zwei ältere

### Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Samsstag:

Prag: 11: Schallplatten, 15:30: Zorapheo vortrage, 18:35: Jugendliebe mit Russi, 19:30: Blasmusik, 22:30: Militärmusik. — Brünn: 15:30: Klavierkonzert, 18:10: Orchesterkonzert, 18:35: Deutsche Sendung: Russische Jugendliebe, 19:30: Orchesterkonzert, 20: Reportage. — Breslau: 16:30: Orchesterkonzert. — Königsberg: 18:15: Blasmusik. — Leipzig: 17: Konzert, 20:30: Großer, kurzer Abend. — München: 21:30: Unterhaltungskonzert. — Wien: 19:35: Haydn-Gedächtnisfeier.

Steuerbeamte, die sich zur Wehr setzten, durch Schüsse verletzt und mußten im Feuerwehrauto ins Krankenhaus transportiert werden. Der eine von ihnen hat einen Kopf, der andere einen Schulterschuß davongetragen, doch soll bei keinem der Verletzten Lebensgefahr bestehen. Der Räuber, der ein Taschentuch vor das Gesicht gebunden hatte, soll ein Paket Banknoten an sich gerissen haben und ist unerkannt entkommen.

Ein brennender Güterwagen auf offener Strecke. Donnerstag vor 9 Uhr vormittag entstand, wahrscheinlich durch Funken einer Lokomotive, auf der Strecke Pardubitz—Chocen beim Güterzug Nr. 2882 in einem mit Stroh beladenen Waggon bei der Durchfahrt durch die Haltestelle Cerna Jaborn ein Brand. Feuerwehrleute bewältigten den Brand in einer Stunde. Der Verkehr war während dieser Zeit in beiden Richtungen eingestellt.

Revolverkampf mit Kassenräubern. Zwei Männer unternahmen gestern einen Ueberfall auf den Kassierer des Lohrer Bahnhofes. Dem Beamten gelang es noch, im letzten Augenblick die Polizei herbeizurufen. Die beiden einen Räuber verhaftete. Der andere hatte sich im Kassenraum verschauert und vertheidigte sich gegen die Polizei mit Revolvergeschüssen. Die Polizei erwiderte das Feuer, wobei der Verbrecher durch eine Kugel tödlich getroffen wurde.

„Abilisation“ bei den Galkinos. Der Kommissar der Vereinigten Staaten, der seinen Sitz in Point Barrow an der Westküste Alaskas hat, muß eine Menge von Tätigkeiten über die rein sozialen Pflichten hinaus erfüllen, die ein ganz besonderes Interesse für ihn beanspruchen. Abgesehen davon, daß er regelmäßig das Amt eines Friedensrichters und Arztes und Standesbeamten und manche andere öffentlichen Ämter zu versehen hatte, mußte er auch ein Lager anlegen, das nach der Verhinderung der darin für die Galkinos aufbewahren können und nützlichen Dinge schließlich mit einem Vorkurs laden behält. Verlobungsringe neben Wochsternen, Gurgelwasser und Raugummi spielen darin keine geringe Rolle, weil diese Dinge von den Eingeborenen außerordentlich stark gefragt sind. Neben Gewehren, Tabak und anderen Rauchwaren sowie Nahrungsmitteln sind dies zweitklassigen diejenigen Güter, welche den Galkinos als die wertvollsten der Welt gelten. Man erfährt, daß die Galkinos eine raffinierte Genussform beim Tabakrauchen ausgebildet haben: sie begnügen sich nämlich nicht damit, ihn einfach zu rauchen wie er ist, sondern fügen ihm um den rechten Galkinogeschmack der Art zu dabei anzufachen, noch Heilkräuter von jungen Rentieren hinzugeben. Ganz ähnlich gehen sie auch den Raugummi, der nicht etwas, wenn der übliche rauchende Pfeifenraucher geschmack ausgefaßt ist, in die Gegend geschickt, sondern nur noch einmal, unter Hinzunahme von Erzeugnissen der heimischen Transportschaft zu einem erlebten Dessert zubereitet wird.

„Dös kenna Dös net.“  
 „Wetten wir?“  
 „Also guat! Sehn mir halt jedr a Fünferl.“  
 Beide deponieren fünf Pfennige auf den Tisch.

Schnafte nimmt den vollgefüllten Maßtrug Hilzenauers und trinkt ihn in drei Zügen leer.

„Verlor!“ brüllt der Hilzenauer, „i hab's gesehn!“

Da wüsch sich Schnafte den Mund und sagt: „Wirklich? Schade. Da kann man nischt machen. Hier sind fünf Pfennige. Guten Abend!“

„Dös wider Hauswüsch. Dös ausgeschamter. So jagroaster Hungerleider...“ schimpft Hilzenauer, während Schnafte aufsteht und verschwindet.

2.

Acht Tage später, am 1. April, sitzt Schnafte wieder in der Wirtschaft und führt das große Wort. Da sagt der Hilzenauer, nachdem er der Aufmerksamkeits des Berliners eine Weile zugehört hatte: „Jöh machn mir a Gspüll. Weita mir um a Watschn, daß i Gahna mit awa ganzn Kanna Wassa anshäu, und Dös wern do nöt naß dabel.“

„Dat is glatter Usinn. Mann. Det war nach den heute noch geltenden wissenschaftlichen Gesetzen nur möglich: wenn meine Kleidung so mit Fett oder anderen wasserhaltenden Stoffen präpariert wäre, daß kein Wasser daran haften könnte.“

„Bo dös künstlichen Sejeper versteh i zwar nit, aber i kann dös do, was i sag.“

„Mann, det is glatter Usinn.“

„Dös kommt nur aufs Probieren an.“

Der Streit zwischen Hilzenauer und Schnafte ging zur Belustigung der anderen

Gäste weiter. Schließlich wurde vereinbart, die Wette doch auszutragen.

„Also, dera, der wo gewünnt, dera kriagt dös Watschn.“

„Also; derjenige, der gewinnt, bekommt den Einlog.“

„Ja!“

„Haben es alle Herren gehört?“

„Ja — ja — ja!“ rufen die Zuschauer.

„Aldern, jans einderstanden“, fragte Hilzenauer noch einmal.

„Ja!“ erwiderte Schnafte laut und deutlich vernehmbar.

Kaum hatte er das Wortchen „Ja“ gesagt, gibt ihm der Hilzenauer eine derartige Watschn, daß es den Berliner umlegt.

„Det wern Sie bereuen, Mann“, schreibt Schnafte. „Det wird me jute Stange Fett kosten. Id jede ans Jerscht.“

„Dös wird Gahne nit helfa“, sagt Hilzenauer trocken. „Mir ham abgemacht, daß mir dös Einlog erst hergebn, zuvor daß mir dös Bett austragt, genau als wie vor a acht Tag, wo Dös mir mei Bier ausghuffa hom. Also hamt jo sößst im zuvor dös Zustimmung zur Watschn gebn. Also ham söß; Recht kriagt, d'Watschn.“

Schnafte verläßt unter allgemeinem Gelächter das Lokal.

3.

„Dös war a mordbüllige Watschn“, sagt der Hilzenauer, als der Berliner verschwindet ist. „A Maß Bier hat Dös mi vor awa acht Tag kost. Bei Gericht kost dös hüßlich Watschn jehr Marxl. Und frein tu i mi über dös Watschn, a Maß Bier is dös Gaudi söß wert, Toks, det is sein gweht, dieser erste April.“

S. Projek.

# Volkswirtschaft und Sozialpolitik

## Die Wiener Arbeiterbank A. G.

Die Wiener Arbeiterbank A. G., hat nunmehr ihren neunten Geschäftsbericht vorgelegt. Das Katastrophenjahr 1931 hat in Oesterreich so manches Opfer gefordert und so heißt es denn auch mit Recht im Berichte des Genossenschaftlichen Vorstandes, der dieser Generalversammlung am 22. März 1932 erläuterte:

„Es ist bemerkenswert, daß die Verschärfung im Jahre 1931 von Oesterreich ihren Ausgang nahm: Der Zusammenbruch der Kreditanstalt war der Auftakt zu einer Vertrauenskrise, die allmählich die ganze Welt erschüttern sollte. Am 13. Mai mußte dieses Institut der Staatsregierung seine Zahlungsunfähigkeit deklarieren und Staatshilfe in Anspruch nehmen. Das der Anstoß zu einer Abbedingungsstelle, welche die inländischen Einleger, wie die ausländischen Geldgeber der Kreditanstalt und bald sämtlicher Banken erlief.“

So sank z. B. der Devisenbesitz der österreichischen Nationalbank, der am 31. Dezember 1930 noch zirka 930 Millionen Schilling betrug, zum 31. Dezember 1931 auf zirka 317 Millionen Schilling, also um zwei Drittel. Das Deckungsverhältnis war am 31. Dezember 1930 78,61 Prozent und am 31. Dezember 1931 nur noch 24,22 Prozent. Der Spareinlagenstand bei den maßgebenden Geldinstituten betrug zum 31. März 1931 noch 1.981.500.000 Schilling, am 31. Dezember 1931 war er um 572.000.000 Schilling niedriger. Das sind alles Zahlen, die wohl deutlich genug sprechen und die schlechte Wirtschaftslage Oesterreichs im Jahre 1931 klar aufweisen. Dazu kommt selbstverständlich noch die allgemeine Wirtschaftskrise, die sich auf das kleine Oesterreich ebenfalls besonders scharf auswirkte.

Es ist selbstverständlich, daß sich in einem solchen Krisenjahr, wie es das Jahr 1931 gewesen ist, die allgemeine Depression auch auf das Genossenschaftswesen auswirkt. Das Genossenschaftswesen ist aber in der österreichischen Arbeiterkassen fest verankert und verankert, so daß Genosse Dir. Großmann in seinem Bericht mit Genugtuung feststellen kann:

„Wohl haben auch die von der Arbeiterbewegung geführten Unternehmungen Umsatzzugänge und die damit verbundenen Folgen zu tragen — wirkt sich doch der Konsumrückgang in erster Linie bei den arbeitlos werdenden werftätigen Massen aus. Die Umwälze der Konsumvereine haben, was sich von selbst versteht, einen Rückgang erfahren, dieser ist aber in erster Linie auf die Preislenkung vieler Handelsartikel zurückzuführen, so daß rein mengenmäßig überhaupt kein Anfall zu verzeichnen wäre. Die Großverkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine konnte daher einen günstigen und zufriedenstellenden Abschluß erzielen, ebenso unsere größte Konsumgenossenschaft, die Konsumgenossenschaft Wien und Umgebung, die auch in diesem Jahre der Krise in der Lage ist, eine Rückvergütung von 1 1/2 Prozent zu leisten. So bewahrt sich die alte Genossenschaftslehre, daß die Bedarfsdeckungswirtschaft am ehesten den Krisen widersteht.“

Auch die Arbeiterbank in Wien war in der Lage, für das Geschäftsjahr 1931 eine gün-

stige Bilanz vorzulegen, die vor allem eine befriedigende Rentabilität aufweist. Infolge Abnehmens von Auslandsguthaben in den letzten Monaten des Jahres 1931 sanken die Kontokorrenteinlagen von 51.750.000 Schilling im Jahre 1930 auf 48.275.000 Schilling oder ca. 240 Millionen Kronen zum 31. Dezember 1931. Die Spareinlagen sind dagegen von 7.368.000 Schilling auf 7.928.000 Schilling gestiegen, was beweist, daß das Vertrauen der kleinen Einleger zum Institut der Arbeiterkassen ständig steigt. Die Entwicklung der Einlagen (Kontokorrent- und Spareinlagen) weist seit der Gründung der Bank folgendes Bild auf:

1923	4.453.373,91	Schilling
1924	13.894.186,61	"
1925	22.276.833,27	"
1926	26.641.406,29	"
1927	34.603.660,05	"
1928	44.973.828,15	"
1929	53.276.444,92	"
1930	59.118.808,91	"
1931	56.903.541,86	"

Wir sehen, die Entwicklung ist eine ständig ansteigende und die Arbeiterbank A. G. in Wien kann damit zufrieden sein.

Die Liquidität der Bank betrug im Jahre 1931 32,9 Prozent, wodurch die Bank allen an sie gestellten Anforderungen entsprechen konnte. Gerade in einer Zeit, in der eine gewisse Retrostabilität unvermeidlich ist und man infolge der Krise ständig mit der Möglichkeit großer Abhebungen zu rechnen hat, ist es der Leitung der Bank hoch anzurechnen, daß sie die entsprechenden Maßnahmen getroffen hat.

Mit Rücksicht auf das Sinken der Einlagen sah sich die Arbeiterbank A. G. genötigt, auch die Kredite einzuschränken, weshalb auch das Debitorenkonto von 46.950.000 Schilling auf 45.035.000 Schilling zurückgegangen ist. Bis in den früheren Jahren sind auch im Jahre 1931 Genossenschaften, Gemeinden, soziale und gemeinnützige Institutionen die Geldnehmer der Arbeiterbank A. G. gewesen und nur zum geringsten Teile private Personen. Das entspricht auch vollkommen dem Zwecke der Arbeiterbank, die das Geldinstitut der österreichischen Arbeiterkassen, ihrer Genossenschaften, Gewerkschaften und gemeinnützigen Institutionen zu sein hat.

Dem Interessentenkreis der Arbeiterbank A. G. in Wien gehört eine ganze Reihe von Unternehmungen an, die trotz Wirtschaftskrise im Jahre 1931 einen günstigen Geschäftsgang aufzuweisen haben. Zu diesen Unternehmungen gehören: die Stafa-Warenhaus A. G., die nunmehr vor dem Zusammenbruch mit der Großverkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine steht, weiters das Stafa-Kreditinstitut der öffentlichen Angestellten r. G. m. b. H., das sich infolge der Verschlechterung der Wirtschaftslage der Bundesangestellten gezwungen sah, seinen Geschäftsumfang einzuschränken, trotzdem aber eine Dividende ausschütten wird. Die „Gara“-Kreditvereinigung von Angestellten und selbstständig Erwerbenden r. G. m. b. H. zahlte trotz Umsatzzugang die gleiche Dividende wie im Vorjahr aus. Die Bilanz der Vereinigten Leder- und Schuhfabriken A. G. ist als zufriedenstellend zu bezeichnen, die „Inva“-Buch- und Kunstdruckerei G. m. b. H. konnte ihren Umsatz steigern, die Gemischte Sowjet-öster-

reichische Handels-A. G. „Katao“ hat einen Umsatzzugang zu verzeichnen, der auf den ungünstigen Stand der Verhandlungen um die Schaffung eines Handelsvertrages zwischen Rußland und Oesterreich zurückzuführen ist. Die „Russe“, russisch-österreichische Export- und Importeure, m. b. H., schüttet eine 10prozentige Dividende aus. Die „Eiba“ Kinobetriebsanstalt G. m. b. H. weist infolge der Wirtschaftskrise einen Umsatzzugang auf.

Die Arbeiterbank A. G. führt gegenwärtig Verhandlungen über die engere Zusammenfassung der Landesstellen zwecks gemeinsamer Geschäftsführung, die heuer beendet werden sollen. Der Geschäftsgang der einzelnen Landesstellen ist im Jahre 1931 ein zufriedenstellender gewesen, so schüttet die Spar- und Kreditkassa in Linz, r. G. m. b. H., eine 7prozentige Dividende aus, die Alpenländische Volkskreditbank r. G. m. b. H. in Graz eine 5prozentige, die Salzburger Volkskreditbank r. G. m. b. H., Salzburg, kann eine 7prozentige Dividende zur Auszahlung bringen, ebenso die Tiroler Spar- und Kreditkassa r. G. m. b. H., Innsbruck, während die Kärntner Volksbank r. G. m. b. H., Klagenfurt, eine 5prozentige Dividende auszahlen kann.

Wir sehen, daß der Interessentenkreis der Arbeiterbank A. G. in Wien ein sehr bedeutender ist und so weist denn auch die Bilanzpost Wertschöpfungen und Beteiligungen per 31. Dezember 1931 463.000 Schilling auf, d. i. 2.300.000 K. Die drei Wiener Wechselstuben und die Filiale in Wiener-Neustadt haben äußerst günstig abgeschlossen.

Der Reingewinn der Arbeiterbank A. G. in Wien beläuft sich für das Jahr 1931 auf ca. 892.000 Schilling, d. i. ca. 4.460.000 Kronen. Es wurde eine 12prozentige Dividende zur Auszahlung gebracht.

Die österreichische Arbeiterkassen kann mit der Tätigkeit ihres Geldinstitutes zufrieden sein. Trotz Krise und großer Erschütterung der Wirtschaft prosperiert die Arbeiterbank A. G. in Wien und unterstützt das österreichische Proletariat in seinem Kampfe gegen das herrschende System.

## Gerichtssaal

### Noch einmal Radojin.

Nachfolge zum Mordigen 20. April 1932.

Proz. 31. März. Die blutigen Ereignisse jenes Apriltags sind heute noch unversehrt. Kommunistische „Jahres“ heften damals bei Radojin Frauen und Kinder gegen die Gewehre der Gendarmen vor, die sich dem verbotenen Demonstrationen entgegenstellten. Die Gewehre gingen los, wie vorausgesehen war, und mehrere der obrigkeitlichen Augen trafen. Aber damit war der öffentliche Ruhe und Ordnung noch keineswegs Genüge getan. Man machte einer Reihe von Teilnehmern dieser Demonstrationen den Prozeß wegen des Vergehens des Anlaufes.

Rechtlich spät gelangte heute der letzte Fall aus der Radojiner Affäre vor OHR. Formánek als Einzelrichter zur Verhandlung. Freilich hat diese Verurteilung einen triftigen Grund, Marie Radojiner, eine junge Privatangestellte aus Komotau, hatte damals einen Bauschuh nachgetragen und kann froh sein, daß sie dem Tode entronnen ist. Nach ihrer Genesung mußte sie nun

vor dem Gericht erscheinen, um sich wegen des genannten Vergehens zu verantworten.

Sie verantwortete sich dahin, daß sie die Aufforderung des Kommandanten Oberwachtmeister Franz Sirek, der im Namen des Generals zum Auseinandergehen aufforderte, nicht gehorcht habe. Dieser jagte allerdings als Zeuge dahin aus, daß dieses Erachtens die Angeklagte, die in der ersten Reihe der Demonstranten marschierte, die Aufforderung habe hören müssen. Eine weitere Frage (wie sehr bei derartigen Sachen) ist, ob überhaupt die Möglichkeit bestand, „auseinanderzugehen“. Die Verteidigung erklärte, daß einerseits die hinteren Reihen der Demonstranten vordrängten, andererseits aber keine Möglichkeit bestand, nach rechts oder links von der Straße auszuweichen, weil diese auf der einen Seite durch einen Tisch, auf der andern aber durch Säule abgegrenzt wurde. Das Zeugnisprotokoll eines anderen Gendarmen lautet tatsächlich für die Angeklagte durchaus entlastend.

Der Verteidiger Dr. Bartolák verwies darauf, daß in allen vorher verhandelten Fällen die Angeklagten von der Anklage wegen „Anlaufes“ freigesprochen worden sind. Der Richter gelangte auch in der Sache der Marie Radojiner zu der Ansicht, daß der eingeklagte Tatbestand nicht nachweisbar sei und küßte einen Freispruch.

### Ein rätselhafter Ueberfall.

Proz. 31. März. Der Angeklagte, ein 23jähriger Bursche, sollte ursprünglich wegen des Verbrechens des Raubes vor die Geschworenen kommen. Später änderte die Anklagebehörde diese Anklage und klagte lediglich das Verbrechen der „schweren körperlichen Beschädigung“ an. Es ist eine sehr dunkle Sache.

Der Angeklagte war eines Tages bei einem Ingenieur erschienen, mit dem er flüchtig bekannt war, traf aber nur die Frau dieses Bekannten an, die ihm erklärte, ihr Mann komme erst abends nach Hause. Der Jüngling erschien nach zwei Stunden nochmals und hat, in der Wohnung einen Brief schreiben zu dürfen, den er seinem Freund, dem Ingenieur hinterlassen wollte. Er wollte diesem 150 Kronen zurückzahlen, die er sich seinerzeit von ihm ausgeliehen habe. Er schrieb tatsächlich den Brief, verschloß ihn und übergab ihn der Frau. Dann aber — — — hier gehen die Aufzählungen der zwei Beteiligten hinstimmend auseinander.

Die Frau (eine rüstige und noch ziemlich hübsche Biergärtin) sagt: „Plötzlich warf er sich auf mich, droffelte mich, schlug mich mit dem Stock ins Gesicht und warf mich zu Boden. Als ich schrie, entloß er. Es ist mir rätselhaft, warum er es getan hat.“

Der Jüngling (ein ehemaliger Büroangestellter) lächelt nur und erklärt mit Ruhe: „Die Sache ist die, daß ich mit der gnädigen Frau schon seit langer Zeit eine intime Bekanntschaft habe. Sie hat mir oft Geld zugesteckt. Demals dachte ich an nichts Böses und wollte wirklich meinem Freund, dem Ingenieur, nur das ausgeliehene Geld zurückbringen. Aber ich war ein bißchen betrunken und das hat ihr nicht gefallen. Sie hat mir Vorwürfe gemacht und als ich freizeichnen wollte, hat sie mir zwei Ohrspeisgen heruntergehauen. Da wurde ich wild und bin ein bißchen rabiat geworden. Das ist alles.“ Die Frau leugnet aber mit Entschiedenheit die angeführten zarten Beziehungen ab und sein Kreuzverhör vermag etwas Licht in diese dunkle Angelegenheit zu bringen. Schließlich blieb nichts übrig, als die Verhandlung zu vertagen, um das Beweismaterial zu vervollständigen.

## Im Lande des steirischen Satrapen.

Zu der alten Grazer Burg residiert seit Jahren als Landeshauptmann der Steiermark ein Mann, der sich stets als ein Sachwalter der dunkelsten Reaktion erweisen hat, als ein Politiker, der auch Gangstermethoden nicht verschmäht, wenn es gilt, den Margriten eine auszubilden, ein Mann von feinem diplomatischen Fingerspitzengefühl, ein steirischer Machiavelli, voll Verächtheit, voll von Intrigen und Unwahrheiten, ein „Umwortler“ der Moral, ein gelehrter Schüler der Jesuiten am Verhandlungstisch, der Mann mit einem ewig konzilianten Lächeln um die Lippen und doch von tausend Hinterhältigkeiten erfüllt, das ist Universitätsprofessor Dr. Anton Kintelen, Führer der steirischen Christlichsozialen.

Der Weg seiner Karriere ist mit Skandalen gepflastert. Er, der Jurist, gar nicht „bodenständig“, denn er ist seiner Abstammung nach Norddeutscher, er, der Freund und Vertrauensmann des steirischen Industriekapitals, zieht in die Dörfer der verhungerten Kleinbauern und tritt vor sie in der Maske des Bauernretters, als derjenige, der den Christenglauben vor dem Marxismus bewahren müsse. Sein Name wird in Zusammenhang mit den Sokolnotenaffären, mit der berühmten „Metallsocher Affäre“ genannt, aber er hat starke Kerden und eine dicke Haut, er wird mit verschiedenen üblen Korruptionsgeschichten und antimozisistischen Bauskandalen genannt, aber Kintelen tritt nicht ab.

Dann erhebt sich der Heimwehfaszination. Er hat kein einheitliches Gepräge, er ist ein Konglomerat nationaler, katholischer, Schwarzgelber und distanzloser Elemente. Aber er ist antimozisistisch. Das genügt Kintelen. Er, der Chef der steirischen Christlichsozialen verbrüderd sich mit den nationalistischen Schreibern innerhalb der Heimweh, ja er setzt sich mit theatralischer Pose während eines Faschenaufmarsches selbst den Heimwehkränzen auf. Er ruft sofort: Wer weiß,

ob ich diese Kränze nicht brauchen kann. Zeiher ist Kintelen der eifrigste Förderer der faschistischen Hochverräter, sie gehen bei ihm ein und aus, sie gehören zu seiner Leibgarde und Kintelen lausert die Verwaltung des Landes. Es beginnt die blutige Aera der Balkanmethode. Arbeiterlächer flieht, aber die Exekutive, vor allem die Gendarmerie ruht sich nicht um die Nordbuden zur Verantwortung zu ziehen. Sigt so im Kommando der Gendarmerie ein Freund Kintelens, Heimwehführer und Heimwehgeordneter, ein struppeliger Arbeiterlächer, vor allem fähig, eine Landkutschmann, brutal, draufgängerisch, ihn schreut kein Blut, wenn es nicht das eigene ist. Die Wirtschaftenot würgt das Land nieder, die Arbeiterlosenziffern klettern zu Gigantenhöhen, und während man bemüht ist, in Wien über die Anwendung des freßenden Krisenbäls zu beraten, jagen die Robotten des Faschismus auf Lastautos durch das Land, knollen auf die Proleten los in wildem Amoklauf. Sie, die das Chaos wollen, sie sind die Freunde des Herrn Landeshauptmannes. Er weiß nichts von ihren hochverräterischen Plänen, er weiß nichts von ihren Reden gegen die Verfassung, er weiß nichts von ihren Missetaten und er erhebt wiederholt seine Stimme für die „Patrioten“ des Kapitales, für die Arbeitermörder, die er als verdienstvolle Stützen der Ordnung bezeichnet.

Am 13. September, diesem historischen Tag, setzt sich der steirische Faschismus gegen die Verfassung in Bewegung. Die Freunde des Landeshauptmannes machen ihren Putz. In Oberösterreich wird man sofort mit den Verbrechern fertig, in Niederösterreich wird das Gefindel verjagt, nur in der Steiermark können die Pfriemer und Konforten behaue einen ganzen Tag ihr Unwesen treiben. Hier ist Kintelen Landeshauptmann und so kommt es, daß hier die Gendarmerie untätig zusieht, wie zwei Arbeiter niedergemetzelt werden, wie die Putzschützen mit Maschinengewehren umherziehen. Kenner besetzen sozialistische Funktionen als Geiseln „verhaftet“ und in ihren Wohnungen beschließen. Die Gendarmen erklären: „Wir haben keinen Befehl vor-

zugeben.“ Als dann der Putz zusammenbricht und Kintelen der Wien Weisungen erhält, endlich gegen das Verbrechen vorzugehen, warnt er die Begeleiter, die sich der Regierung demächtigen wollen, rechtzeitig vor Zugriff der Exekutive. Schlaftrug sehen sich die steirischen Truppenkörper in Bewegung, es ist ein Vormarsch im Zeitlupe tempo wie er selbst für das österreichische „Heer“ Vanguois ungewöhnlich ist. So verlaufen sich die Putzschützen und mit ihnen verschwinden ihre Nordwaffen in sichere Verstecke. Dann folgt die Prozeßkomödie vor den Grazer Geschworenen. Man hat die Geschworenen dank gut gestellt, es werden nur Richter ausgetost, die faschistenfreundlich sind und so kann Pfriemer, der ehrgeizige, aber schwachsinige Popanz, dieser Reich gewordenen Rinderwertigkeitskomplex den tragischen Helden spielen. Kintelen erscheint als Junge, nicht um anzulügen, nein, um die Verbrecher zu verteidigen. Und er erklärt, daß er durch die Putzschützen in seiner Tätigkeit als Landeshauptmann nicht gehindert worden sei, daß er von keinen „Uebergriffen“ der Heimweh weiß. Die hiergeblähten Speier, die sich dem Volle als Diktatoren präsentieren wollten, die das schwerste Verbrechen am Staat begingen, wurden zum Hohn der demokratisch genannten Bevölkerung freigesprochen. Kintelen hat es vermocht, Oesterreich hat seine Dignität: Es kann sich Hochverräter als Landeshauptleute leisten. Die Republik ist gefährlichen Händen anvertraut.

In der Innsbrucker großdeutschen Wochenchrift „Alpenland“ erschien kürzlich ein Artikel, in dem einige Ausführungen darüber gegeben werden, welche Rolle Kintelen als Anwalt der Heimwehnen gespielt hat. Es war im Jahre 1929, als Schober noch Polizeipräsident von Wien war. Kintelen hat sich schon damals im August 1929 mit den Putzschützen solidarisch erklärt, hat Schober ein „energisches Vorgehen“ empfohlen, eine „rasche Aktion“, da sich sonst die Heimwehgruppen der Steiermark nicht mehr zurückhalten lassen würden. Er hat Schober den Putz schon 1929 geraten, aber

dieser lehnte sein Ansuchen ab. Am 4. September 1929 erließen Kintelen muerlich bei Schober. Diesmal in Begleitung des steirischen Fürstbischofs Pawlikowski und mit einer Reihe ausgepickter Heimwehverbrecher. Wieder machte er Schober den Vorstoß zur raschen Aktion der Heimweh, die sonst zur Selbsthilfe schreiten müsse. Kintelen kennt keine Bedenken. Er hat der Verfassung den Eid geleistet, aber was liegt ihm an einem Gefühls, er verurteilt Schober zur Verletzung seines Dienstes zu verleiten. Das erzählt das großdeutsche Blatt und stellt fest, daß es sich um Mordaktionen handelt, die absolut authentisch sind. Begreiflicherweise haben sie ein sensationelles Aussehen hervorgerufen, wenn man auch Kintelens „Verfassungstreue“ genannt hat.

Der oberste Pfaffe und der oberste Beamte der Steiermark haben in eintätigem Zusammenwirken jenen Putz vorbereitet, der am 13. September ins Werk gesetzt wurde, sie haben den Hochverrat organisiert. Fürstbischof Pawlikowski ist der würdige Gehilfe des steirischen Satrapen. Dieser Hochverräter des faschistischen Wutpals, dieser Prediger des faschistischen Werdewangeliums, hier sehen wir das heuchlerische Kirchenchristentum in inniger Eintracht mit dem blutbesetzten Faschismus.

Kintelen ist wieder einmal entlarvt. Aber er hält was aus. Ein paar verlogene Verurteilungen, ein paar Seitenbemerkungen, ein konziliantes Lächeln durch die goldene Brille und der „Rall“ wird für ihn erledigt sein. Nicht aber für die Arbeiterkassen. Der steirische Machiavelli wird Antwort geben müssen auf die ungeborenen Beschuldigungen. Es muß endlich Licht gemacht werden in dem steirischen Nahrungel, es muß endlich Klarheit geschaffen werden, der Balkanisierung der Alpenländer muß ein energischer Riegel vorgeschoben werden. Die Kammer der Republik müssen empigter werden, damit nicht unter der Forderung verbrecherischer Landeshauptleute ein neuer 13. September inszeniert, neue Verbrechen an Staat und Wirtschaft begangen werden.

